Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 52 (1972-1973)
Heft: 5

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWALT ALS MITTEL DER POLITIK

Die Aktivität der Baader-Meinhof-Bande in Deutschland mag, politisch gesehen, eine marginale Erscheinung gewesen sein. Die Reaktion, welche die Rührigkeit dieser im Grenzbereich zwischen Politik und Kriminalität agierenden Gruppe ausgelöst hat, ist jedoch symptomatisch und charakteristisch für eine über alle Grenzen hinweg feststellbare Mentalität, welche heute die Gewalt als legitimes Mittel der Politik verstehen will. Dabei wird bedenkenlos und undifferenziert alles in einen Topf geworfen; rechtsstaatliche Verhältnisse werden unkritisch jenen in Staaten mit labiler Rechtsordnung gleichgesetzt. Wesentlich scheint nur noch der Protest gegen das «Establishment» zu sein; gleichgültig, welche Formen er annimmt und unter welchen Verhältnissen er sich manifestiert.

Die Welle der Gewalt, die gegenwärtig durch die Welt geht, hat ihren Ursprung in unterschiedlichen Motiven. Gemeinsam ist lediglich die Meinung ihrer Protagonisten, mit herkömmlichen oder legitimen Mitteln die eigenen Ziele nicht erreichen zu können. Das äussert sich sowohl in den zahlreichen Flugzeugentführungen wie in Akten individuellen Terrors, bei den Tupamaros in Südamerika wie bei den Fedayins im Nahen Osten, in der Türkei wie in Nordirland. Überall dort, wo man glaubt, durch direkte Aktion ein sichtbares Zeichen setzen zu können – selbst um den Preis des eigenen Unterganges –, wird heute zur Gewalt gegriffen oder zumindest die Rechtmässigkeit und Zulässigkeit der Gewalt verteidigt.

Historische Vorbilder

Die Erscheinung an sich ist nicht neu. Sie hat sich schon oft in der Geschichte manifestiert; letztmals in den Jahren zwischen 1870 und 1900, als eine Woge des Anarchismus Europa und Amerika überflutete. Mitten im viktorianischen Zeitalter mit seiner prüden Morallehre und seiner Sucht nach Ordnung und Sicherheit brach jener Nihilismus auf, der das zaristische Reich erschütterte, dem europäische Fürsten und ein amerikanischer Präsident zum Opfer fielen. Von dieser Epoche der Gewalt und des Terrors führt ein direkter Weg in den Ersten Weltkrieg, in jenen ersten Ausbruch elementarer Gewalttätigkeit, den das 20. Jahrhundert erlebt hat. Als nach vier Jahren die Waffen schwiegen, war jedoch der Rausch noch nicht verflogen; der Drang nach Gewalt formierte sich in den zwanziger und dreissiger Jahren unter den verschiedenen Etiketten des Stalinismus, des Faschismus und des Nationalsozialismus erneut und erlebte seinen blutigen Höhepunkt im Zweiten Weltkrieg.

Erst das Jahr 1945 brachte eine Art Ernüchterung. Grauen und Schrecken der totalitären Gewaltherrschaft hatten die Welt – oder zumindest Europa – als Trümmerfeld hinterlassen; auf Jahre hinaus zeugten die Ruinen mahnend von den Möglichkeiten der Vernichtung, die dem Menschen mit der Entwicklung von Waffen von nahezu unvorstellbarer Wirkung in die Hand gegeben worden waren. Der Friede, der sich unter der Drohung von Atom- und

Wasserstoffbombe herausbildete, war zwar nur ein prekärer, aber er erwies sich als stabiler, als man anfänglich geglaubt hatte. Er garantierte, trotz zahlreicher Spannungen und Krisen, über zwanzig Jahre lang bis heute ein neues Gleichgewicht zwischen den Mächten.

Protest der Jugend

Im Schatten dieser «Balance of deterrent» wuchs jedoch eine neue Generation heran, welche die Erfahrungen des Krieges nicht aus eigenem Erleben kennt. Sie geriet in Westeuropa und in Amerika in Konfrontation mit einer Wohlstands- und Konsumgesellschaft, deren oberstes Prinzip die Erhaltung von Sicherheit und Ordnung ist – eine verständliche Haltung nach den Erlebnissen der Krisen- und Kriegsjahre. In den unabhängig werdenden Ländern der Dritten Welt aber stiess die neue Generation, die mit der frisch gewonnenen Freiheit und Souveränität heranwuchs, gegen archaische, aber meist beständige und festgefügte Strukturen, die zu überwinden unendlicher Geduld und Ausdauer bedarf. Die Erkenntnis dieser Schwierigkeiten spornte dazu an, die konventionellen Wege zu verlassen und nach anderen Mitteln zu suchen – nur scheinbar neuen, denn der Rückgriff auf die Gewalt dort, wo die Legalität nicht ausreicht oder keinen unmittelbaren Erfolg verspricht, ist keineswegs modern und originell, sondern fast so alt wie die Geschichte der Menschheit selbst.

Vietnam als Katalysator

Katalysator dieser Entwicklung in den Ländern Westeuropas und in den Vereinigten Staaten wurde der Krieg in Vietnam. In ihm manifestierte sich erstmals seit 1945 die Begrenzung der Möglichkeiten selbst einer über die stärksten Waffen verfügenden Supermacht. Der Protest gegen den Vietnamkrieg – wohlwollend unterstützt und gefördert von der ihre eigenen Ziele verfolgenden Sowjetunion – entwickelte sich in vielen Ländern zu einem Test über die innere Stärke des Staates, und bald zeigte sich auch hier die relative Beschränktheit der Mittel, sofern man sich auf staatlicher Seite an die rechtlich vorgeschriebenen Normen halten wollte. Wo darüber hinausgegriffen wurde, führte das nur zu weiterer Eskalation: Druck erzeugte Gegendruck, die Proteste mündeten in eine Spirale, in der durch das gegenseitige Hinaufsteigern von Gewaltversuchen und polizeilichen Massnahmen immer stärker die Grenzen des Rechtsstaates tangiert wurden.

Internationale des Terrors?

Weitere Impulse erhielt die Theorie aus den Staaten der Dritten Welt, die ihre neuen Formen noch nicht gefunden haben, aus den sozialen Krisenherden Lateinamerikas und aus den Spannungsgebieten des Nahen Ostens. Es droht heute eine internationale Verflechtung des Terrorismus zu entstehen: die Revolutionäre in Guatemala und Brasilien bemächtigten sich deutscher Diplomaten als Geiseln, um damit ein Land zu treffen, das als Kreditgeber eine wichtige Stütze mancher in Lateinamerika herrschender Regimes zu sein schien; Angehörige der Baader-Meinhof-Bande suchten die Technik des Guerilla-Kampfes in den Lagern palästinensischer Widerständler zu vervoll-

kommnen; die Al-Fatah ihrerseits heuerte in Japan Terroristen an, um einen Überfall auf die Luftfahrt Israels auszuführen. Mehr und mehr scheint sich so der Terror von seinen eigentlichen Motiven loszulösen und zu einer Kraft sui generis zu werden, zu einer nihilistischen Aktion um der Aktion willen.

Zweifrontenkrieg des Rechtsstaates

Es ist klar, dass diese Hybris der Gewalt Gegenkräfte auf den Plan rief. Sie formierten sich zunächst nur behutsam. Der Schock, den die Welt durch die beiden grossen Kriege erlebt hat, ist noch nicht überwunden, auch wenn er – vor allem im Empfinden der jüngeren Generation – in seinen Wirkungen mehr und mehr verflacht. Dort aber, wo die rechtsstaatlichen Vorstellungen einigermassen verankert sind, wird heute der Versuch unternommen, auf Ausnahmerecht zu verzichten und mit den verfassungsmässig zur Verfügung stehenden Mitteln der Welle der Gewalt zu begegnen. Das ist nicht immer einfach, vor allem dann nicht, wenn Symptome der Hysterie sich bemerkbar machen und der Ruf ertönt, terroristische Aktionen seien mit Massnahmen gleicher Art zu beantworten.

Zwischen den Extremen gerät der Rechtsstaat in die Gefahr eines Zweifrontenkrieges. Es ist die Aufgabe des Staates, den Terror zum Verschwinden zu bringen. Es ist aber ebenso seine Aufgabe, allen Versuchungen, seine Machtmittel überproportioniert einzusetzen, standzuhalten. Versagt er nach der einen oder der anderen Seite, droht die Radikalisierung. Die erste Hälfte unseres Jahrhunderts hat gezeigt, wie dünn die Schicht ist, auf welcher sich unsere rechtsstaatlichen Konstruktionen aufbauen. Ein weiteres Überhandnehmen der Gewalt würde diese nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam wiederaufgebauten Sicherungen erneut aufs schwerste erschüttern.

Das gilt vor allem für die Bundesrepublik Deutschland. Es stimmt bedenklich, wenn hier auf der einen Seite eine Psychose der Furcht zu schaffen gesucht wird, um daraus die Berechtigung abzuleiten, wieder einmal nach dem starken Staat zu rufen. Es stimmt aber ebenso bedenklich, wie auf der anderen Seite die Bundesrepublik – die sich um die Schaffung und Einhaltung rechtsstaatlicher Formen bemüht – als «faschistischer» Staat verteufelt und unbekümmert um Tatsachen eine schreckliche Vergangenheit als Vergleichsmodell heraufbeschworen wird. Die junge Demokratie in der Bundesrepublik kann nicht mit den ungefestigten Staatsgebilden der Dritten Welt gleichgesetzt werden; ebensowenig aber berechtigen einzelne Fehler und Übergriffe dazu, dem ganzen Staat totalitäre Neigungen anzudichten. Es wäre für die Bundesrepublik verhängnisvoll, wenn sie unter dem Eindruck schwindender staatlicher Ordnungsmöglichkeiten in einen Teufelskreis von Gewalt und Hysterie geriete.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nur ein einzelner, spezieller Aspekt im komplexen Mosaik der weltweiten gewalttätigen Agitation. Verhältnisse und Voraussetzungen wechseln von Land zu Land, und die Motive dieses weit um sich greifenden Ausbruches von Widerstand und Gewalt sind kaum auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Aber selbst dort, wo die Eruptionen aus idealistischem Empfinden

und einem Drang nach Gerechtigkeit entstanden sein mögen, drängt sich die Frage auf, wie weit das angestrebte Ziel die Mittel rechtfertigt. Gewalt ist ein Faktor, der in seiner Eigengesetzlichkeit überall Wirkungen hervorrufen kann, die schliesslich auf die Urheber selbst zurückfallen.

Alfred Cattani

ÜBERLEBENSFRAGEN DER WESTSCHWEIZERISCHEN TAGESPRESSE

Monopoltendenzen

Im Bereiche der in der Westschweiz täglich erscheinenden Zeitungen stellt man – als Folge von Fusionen oder des gänzlichen Eingehens anderer Blätter beziehungsweise ihres Verzichts auf eine tägliche Ausgabe – regional bereits das Auftauchen faktischer Monopole fest. Ein solches Monopol wird im Wallis französischer Zunge innerhalb der im Kanton selbst hergestellten Blätter seit kurzem von einem in Sitten erscheinenden Presseerzeugnis ausgesprochen konservativer katholischer Richtung ausgeübt.

Eine diesem Zustand weitgehend angenäherte Lage ergibt sich mit Bezug auf die stofflich wohlausgerüstete tägliche Zeitungslektüre für den Leser im unteren Kantonsteil von Neuenburg, mit Einschluss des Val-de-Travers und des Val-de-Ruz. Mag hier auch zumindest der Widerschein verschiedener bürgerlicher Richtungen fassbar sein, so ist dabei die Grundtendenz doch jene einer traditionellen äusseren Rechten, die sich im Welschland stets zu manifestieren wusste. Das nunmehrige Vorherrschen einer einzigen Tageszeitung im oberen Kantonsteil gibt weniger zu Bedenken Anlass, obwohl ihre bürgerliche Grundausrichtung kaum mit derjenigen weiter Teile der dort zu bedienenden Bevölkerung übereinstimmt. Eine gewisse Neigung, diesem Sachverhalt durch weltanschauliche Grosszügigkeit Rechnung zu tragen, dürfte schon darin zum Ausdruck kommen, dass, nachdem im Jahre 1971 der Betrieb der in La Chaux-de-Fonds beheimateten sozialistischen Zeitung «Le Peuple/La Sentinelle» eingestellt werden musste, ein Teil ihres Redaktionsstabes im eben angesprochenen, beherrschenden kantonalen Blatt «du Haut» neue Beschäftigung fand. Der Name der Zeitung, «L'Impartial», mag dadurch bekräftigt worden sein.

Wo der Einseitigkeit einer willentlich oder unfreiwillig errungenen Monopolstellung innerhalb einer natürlich und geschichtlich umschriebenen Region nicht bewusst – wenn auch ohne Verzicht auf weitere Pflege eines profilierten redaktionellen Teils – entgegengesteuert wird, indem die betreffende Zeitung sich zum Träger eines weit geöffneten Forums der regionalen Meinungsbildung macht und damit gleichsam einen öffentlichen Dienst auf sich nimmt, droht eine ausreichende Konfrontation aktueller Standpunkte abzusterben.

Selbstverständlich kann eine zupakkende Lokalpresse – vielleicht noch im Verein mit den die Kantonsgrenzen überschreitenden Informationsorganen der grössten Agglomerationen des Sprachgebietes – den an sich stofflich besser dotierten kantonalen Tageszei-

tungen die Rolle des einzigen Sprachrohres noch bis zu einem gewissen Ausmass streitig machen. Wir denken da etwa an die Funktion des umfänglich recht bescheidenen, nur dreimal wöchentlich erscheinenden, aber sich immer wieder mit farbigen, temperamentvollen Glossen zum Worte meldenden freisinnigen Blattes aus dem Greyerzer Land.

Lokale und überlokale Informationsträger

Solche Originalität hängt allerdings meist mit einer massgebenden Persönlichkeit und deren Möglichkeiten zusammen. Wenn es in einigen Gegenden der Westschweiz noch kleinere Lokalzeitungen gibt, deren Auflage und örtliche Verbreitungsdichte hinzureichen scheinen, um sie vom Zeitungssterben auszunehmen, und wenn diese Veröffentlichungen ihre lokale Chronik wirklich derart intensiv pflegen, dass sie hierin mehr als grössere Zeitungen zu bieten vermögen, so entheben sie für ihr Einzugsgebiet den Betrachter der Sorge um eine genügende Pressebedienung nicht. Denn das, was diese Blätter bescheidener Seitenzahl über entfernteres kantonales, dem Kanton benachbartes, über gesamtschweizerisches und gar ausländisches Geschehen an Unterrichtung und Erläuterung zu vermitteln vermögen, erreicht jenen Stand kaum, der etwa unter dem Leitsatz, es tue uns nicht immer mehr, sondern aufs Wesentliche konzentrierte Information not, anerkannt werden könnte. Damit stellt sich die Frage, wer hier die Lücke schliesse – die elektronischen Massenmedien, eine Zweitzeitung oder eine Zeitschrift.

Gefährdete Meinungspresse

Da wir uns hier im speziellen mit der Tagespresse befassen, greifen wir die Möglichkeit der Zweitzeitung heraus. Hier bietet sich dann die Wahl zwischen Meinungspresse und Informationspresse an – solange und so weit noch diese Alternative besteht. Dieser Vorbehalt ist nicht überflüssig. Denn das Angebot der Meinungspresse ist in der Domäne der Tageszeitungen nicht nur unvollständig: es ist auch im jetzt verbleibenden Umfang in Frage gestellt.

So ist zu bemerken, dass von den grösseren politischen Parteien, welche etwa das Aussehen der parlamentarischen Landschaft prägen, die Sozialdemokratie im französischen Sprachbereich seit 1971 über keine Tageszeitung mehr verfügt. Auf der Linken erscheint lediglich noch die im Umfang recht dünne «Voix ouvrière» der kommunistischen Partei der Arbeit in täglicher Ausgabe. Freisinniges Gedankengut, das mehr als einen westschweizerischen Stand geprägt hat und in mehr als einem eine wichtige Oppositionsrolle besetzt, von Tag zu Tag zu verbreiten, ist bestenfalls noch dem Delsberger «Démocrate» und der «Nouvelle Revue de Lausanne» möglich, und auch diese letztere, die ihren Lesern einen bedeutenden Anteil an nicht parteipolitisch geprägtem Magazinlesestoff anbietet, wird heute durch die nun bis in die politische Berichterstattung hineinreichende Zusammenarbeit mit der liberaldemokratischen «Gazette de Lausanne» beeinflusst – freilich ohne ihre unverwechselbaren Züge einfach zu verlieren.

Ein liberaldemokratischer Blutstrom pulsiert noch in zwei derartigen Zeitungen, in der eben genannten «Ga-

zette» und im «Journal de Genève». Keine kann ihre kantonale Herkunft verleugnen. Der dritte welsche Kanton, in dem die Liberaldemokraten Einfluss besitzen, Neuenburg, entbehrt eines solchen Blattes. In den katholischen Kantonen, in Genf und im Berner Jura ist dagegen der christlich-sozial oder katholisch-konservativ gestimmte Leser je nach dem um ein Leibblatt nicht verlegen. Die anderen politischen Gruppen sind, wie die zur Schweizerischen Volkspartei gehörenden Agrarier und einzelne Formationen in den Flügelpositionen des politischen Spektrums, stellenweise oder gänzlich auf meist schmale, wenn auch oft mit Schneid geschriebene, bisweilen ohne Anzeigenteil auskommende Periodika von höchstens wöchentlicher Kadenz angewiesen, wobei Freisinnige und Liberaldemokraten allerdings da und dort noch auf die Treue täglich oder wöchentlich mehrfach herausgegebener Lokalzeitungen abstellen können. Es ist indessen kein Geheimnis, dass das Weiterbestehen mehr als einer der genannten, aus der einen oder anderen Schule des Liberalismus hervorgegangenen täglichen Organe sich auf ungewisse Grundlagen stützt oder auf längere Sicht Probleme aufwirft.

Die Verbreitung der grossen Blätter und ihre Schranken

Wem die Möglichkeit, die Gesinnung einer Zeitung und ihrer Hersteller zu situieren, nichts sagt, dem mag solche Gefährdung gleichgültig sein. Er wird sich an der bunten Vielfalt des Angebots erfreuen, das ihm aus den politisch nicht (oder doch weniger) festgelegten Informationsblättern in die Augen springt. Er wird auch darauf hinweisen können, dass Journalisten von Rang und Namen, die ihre gewohnte Plattform verlieren, zum Zwekke des Einheimsens ihrer bisherigen Leserschaft verschiedentlich eine publizistische Weiterbeschäftigung als Kolumnisten von Informationsorganen angeboten erhalten haben. Das staatsbürgerlich nicht voll Befriedigende an diesen oft doch so reichhaltigen Informationsblättern liegt indessen in dem bisweilen allzu kräftigen kommerziellen Denken, das ihre Gestaltung beeinflussen kann, und in den meist übermässig grossen Redaktionsstäben, die wohl pluralistisch wirken können, jedoch schwer koordinierbar sind. Das bedeutet, dass die Zeitung tendenziell unklar oder widersprüchlich erscheinen mag. Dem Leser wird es dadurch erschwert, den Standort, von dem aus geschrieben wird, zu durchschauen und das Geschriebene entsprechend bewerten zu können. Man darf jedoch diesem Pressegenre attestieren, durch eine gemässigte, übrigens meist ohne Sprachverluderung betriebene Pflege des Sensationellen das Aufkommen einer ausgesprochenen Boulevardpresse in der Welschschweiz verhindert zu haben – mit Ausnahme freilich des Pariser Imports namentlich von Rührseligkeits- und Klatschorganen.

Nun soll man freilich nicht glauben, dass die sich oft über die Kantonsgrenzen hinaus ausbreitenden Informationsblätter aus Genf und Lausanne – es sind ihrer vier – die absoluten Meister der Situation seien. Auch hier gibt es Auflagen, die mehr oder weniger zur Stagnation neigen. Die aus postalischen Gründen erfolgende Vereinheitlichung der Erscheinungszeiten wirft auf längere Sicht die Frage auf, ob sich die Parallelführung wesensverwandter Blätter aus dem gleichen

Hause letztlich noch rechtfertigen werde. Dass durch gewisse, in ihren Konsequenzen anscheinend zu wenig bedachte geschäftliche Dispositionen auch ein solches Publikationsmittel zumindest vorübergehend stützungsbedürftig werden kann, hat man zudem erst vor kurzem zu sehen bekommen.

Wirtschaftliche Schicksalsfragen und die föderalistischen Unwägbarkeiten

Das Zeitungsgewerbe ist namentlich durch vervielfachte Kosten neuer maschineller Anlagen in seinen finanziellen Grundfesten erschüttert worden. Es hat die Leser jahrzehntelang an heute zu niedrige Abonnements- und Verkaufspreise gewöhnt. Und den Inserenten scheint das Gespür für die Vorteile, welche die Wirtschaft aus einer staatserhaltend breitstrukturierten Presse empfängt, zugunsten unmittelbar ökonomischen und damit letzten Endes kurzsichtigen Denkens abhanden zu kommen. Mehr und mehr stellen sie allein auf das Kriterium ab, wieviele Haushaltungen eine Zeitung in einem bestimmten Gebiet erreiche.

Die westschweizerische Tagespresse wird sich zur Kostenkompression auf noch vermehrte gemeinsame Benützung technischer Anlagen besinnen müssen. Das gilt so gut für die Lokalpresse wie für die regionale Meinungspresse. Solche Zusammenarbeit ist stellenweise in Gang gekommen und wird andernorts derzeit geprüft. In gewissen Fällen stehen ihr unvorsichtige Parallelinvestitionen an sich zur Kooperation berufener Betriebe im Weg. Ein grosses Hemmnis bilden die Kantonsgrenzen. Die Verwurzelung im «génie propre» des eigenen eidgenössischen Standes ist vielfach so tief, dass eine vom Nachbarkanton beeinflusste Optik als zu fremd und kaum zumutbar empfunden wird. Das ist auch der Grund, weshalb eine Fusion der anspruchsvollsten Zeitungen verwandten Sinnes zu einem gesamtwelschen Qualitätsblatt derzeit kaum zu erwarten ist. Diese Bedürfnisse befriedigt der welsche Leser durch den Bezug des Pariser «Le Monde» (der, wie auch «Le Figaro», «L'Express» und die savoyische Presse, seine welschschweizerische Lesergemeinde hat). Wie aktuell aber solches Zusammenrücken ist, wenn die Westschweizer Presse – immerhin ein neben Radio und Fernsehen unerlässliches Reflexionsinstrument – schliesslich nicht vorwiegend aus kleinen Lokalblättern, vereinzelten modisch getönten Informationsgiganten und flugschriftartigen kleinen Periodika nebst Illustrierten bestehen soll, zeigen die selbst das Informationsblättergeschäft betreffenden, langfristigen Fusionserwägungen, die herumgeboten werden.

Roberto Bernhard

ZIELKONFLIKTE IN DER KONJUNKTURPOLITIK

Konjunkturauto ohne Bremsen...

Die gegenwärtige Konjunkturdämpfungsübung muss – ebenso wie die vorangegangene der Jahre 1964–1967 – auf der notrechtlichen Grundlage dringlicher Bundesbeschlüsse erfolgen. Die Ursache für diesen unbefriedigenden Zustand liegt in der zu engen konjunkturpolitischen Zielformulierung des Art.

31quinquies Bv: «Der Bund trifft in Verbindung mit den Kantonen und der privaten Wirtschaft *Massnahmen zur Verhütung von Wirtschaftskrisen und nötigenfalls zur Bekämpfung eingetretener Arbeitslosigkeit.* Er erlässt Vorschriften über die Arbeitsbeschaffung.» Mit anderen Worten: die Konjunkturpolitik soll Gas geben können; vom Bremsen wird nichts gesagt. Seit bald einem Jahrzehnt geht es aber gerade darum, eine überhitzte Konjunktur abzukühlen.

Die aus dem Jahre 1947 stammende Zielformulierung mag uns heute kaum noch verständlich erscheinen. Gerechterweise wird man sie jedoch aus der damaligen Zeit begreifen müssen. Entstehungsgeschichtlich war sie einmal ein Reflex auf die Krisenpolitik in den dreissiger Jahren. Zum anderen spiegelt sie auch die Befürchtungen vor einer grossen Nachkriegsdepression wider, zu deren Bekämpfung man bereits während des Zweiten Weltkrieges Vorkehren getroffen hat. Wer hätte damals an eine anhaltende Teuerung gedacht, die man heute schon nicht mehr als «schleichende», sondern als «trabende» Inflation bezeichnen kann...

Neue Zielformulierung

Eine Verbesserung der konjunkturpolitischen Zielformulierung drängte sich daher seit längerer Zeit auf. Die vorgeschlagene Neufassung des Konjunkturartikels trägt dieser Entwicklung Rechnung. Gleich im ersten Absatz enthält sie eine Bundeskompetenz zum Gasgeben *und* zum Bremsen: «Der Bund trifft, nötigenfalls in Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit, *Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Teuerung.*»

Mit der ausdrücklichen Erwähnung der Teuerung wird das Konjunkturauto, um bei diesem Vergleich zu bleiben, durch Einbau von Bremsen erheblich verbessert. Bemerkenswert ist bei der neuen Zielformulierung, dass die beiden konjunkturpolitischen Ziele der Vollbeschäftigung und der Preisniveaustabilität nicht direkt genannt werden. Vielmehr werden die Arbeitslosigkeit (als Abweichung vom Vollbeschäftigungsziel) und die Teuerung (als Abweichung vom Ziel der Preisniveaustabilität) anvisiert. Vom nationalökonomischen Standpunkt aus wäre es sicherlich besser gewesen, die beiden Ziele direkt zu nennen und nicht mit Hilfe ihrer Abweichungen zu umschreiben. Da es aber für die Masse der Stimmbürger schwierig sein dürfte, die Fachausdrücke «Vollbeschäftigung» und «Preisniveaustabilität» in ihrer ganzen Bedeutung zu erfassen, mag es aus Gründen politischer Opportunität nahegelegen haben, statt dessen zwei Zielabweichungen (Arbeitslosigkeit und Teuerung) zu nennen, die jedermann etwas besagen und deren Bekämpfung auch jedermann für wünschenswert halten wird. Hier zeigt sich einmal mehr, dass der Politiker verständlicher reden muss als der Wissenschafter, wenn es darum geht, einen allgemeinen Konsens herzustellen.

Arbeitslosigkeit = Preis für Geldwertstabilität?

Gleichwohl birgt die indirekte Zielformulierung des neuen Konjunkturartikels auch die Gefahr in sich, den möglichen Konflikt zwischen beiden Zielen zu verdecken. Die bisherigen Erfahrungen scheinen nämlich darauf hinzudeuten, dass offenbar eine gewisse Min-

destarbeitslosigkeit erforderlich ist, wenn der Geldwert stabil bleiben soll. Empirische Messungen zeigen diesbezüglich recht unerfreuliche Ergebnisse. So war beispielsweise in den USA während der Jahre 1935–1960 Preisniveaustabilität erst bei 5,5% Arbeitslosigkeit erreicht. Sank die Arbeitslosigkeit unter diesen kritischen Punkt, dann stieg das Preisniveau rasch an (bei 3% Arbeitslosigkeit liess sich bereits eine Teuerungsrate von 4,5% feststellen). Für Westdeutschland ergab eine ähnliche Messung, bezogen auf die Jahre 1958 bis 1966, dass bereits mit 3,5% Arbeitslosigkeit ein stabiles Preisniveau erreicht werden konnte.

Generell kann man sagen, dass ein stabiler Geldwert nur um den Preis einer gewissen Mindestarbeitslosigkeit zu haben ist. Allerdings ist dieser Preis von Land zu Land verschieden, entsprechend der Strukturkomponente der Gesamtarbeitslosigkeit. In den USA ist diese Strukturkomponente relativ hoch (mangelnde Berufsausbildung, Farbigenproblem). In den europäischen Industrieländern mit vergleichsweise guter Berufsausbildung ist die Strukturkomponente dagegen wesentlich geringer. Deshalb lässt sich Geldwertstabilität hier bereits mit weniger Arbeitslosigkeit erreichen.

Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass es sich bei diesen Messungen immer nur um die statistische Beziehung zwischen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität für einen längeren Zeitraum in der Vergangenheit handelt. Ursachen des Zielkonfliktes sind damit nicht aufgedeckt; infolgedessen lassen sich daraus auch keine Prognosen für die Zukunft ableiten. Das Verhalten der Arbeitsmarktparteien kann sich grundlegend ändern (beispielsweise Übergang vom Klassenkampf zur Sozialpartnerschaft oder umgekehrt, arbeitssparende Rationalisierungsinvestitionen bei den Unternehmungen usw.). Ebenso können Änderungen in der Wirtschaftspolitik eintreten (so vor allem in der Zulassungspraxis für ausländische Arbeitskräfte). Wenn die Schweiz bis zum Ende der fünfziger Jahre eine Insel der Stabilität gewesen ist, so nicht zuletzt deshalb, weil man das ausgeschöpfte inländische Arbeitskräftepotential sukzessive durch ausländische Arbeitskräfte aufstockte und damit den kritischen Punkt zwischen Beschäftigungsgrad und Preisniveau hinausschieben konnte. Mit der 1963 begonnenen Politik der Stabilisierung des Ausländerbestandes begann sich denn auch die Konfliktbeziehung zwischen den beiden Zielen der Konjunkturpolitik immer deutlicher zu akzentuieren.

Das «Loch an der Grenze»

Die Bemühungen zur Stabilisierung der Binnenkonjunktur werden in der Praxis aber nicht nur durch den möglichen Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität gefährdet, sondern auch durch das «Loch an der Grenze». Bei festen Wechselkursen und freier Währungskonvertibilität kann ein Konflikt zwischen innerer und äusserer Stabilität entstehen, wenn das Entwicklungstempo des Inlandes in preislicher und/oder produktivitätsmässiger Hinsicht von dem der Haupthandelspartner abweicht.

Zu einer importierten Inflation kommt es beispielsweise aus preislichen Gründen, wenn die Teuerungsrate bei den Haupthandelspartnern grösser ist als diejenige des Inlandes. In diesem Fall wird nämlich das Inland vergleichs-

weise billiger und damit auch konkurrenzfähiger gegenüber dem Ausland. Infolge Mehrexport entsteht ein Exportüberschuss. Hält diese Entwicklung länger an, dann führt die aus den Exportüberschüssen resultierende Geldvermehrung im Inland zu einer Anpassungsinflation.

Will man keinen solchen Inflationsimport, so müssen Massnahmen dagegen ergriffen werden. Als bequemstes Mittel empfiehlt die Nationalökonomie seit langem *flexible Wechselkurse* («floating»). Hierdurch würden die Wettbewerbsvorteile der inländischen Exportindustrie laufend beseitigt und das äussere Gleichgewicht sozusagen automatisch hergestellt. Nun ist aber die theoretisch beste Lösung nicht per se auch politisch möglich. Eher praktikabel ist als zweitbeste Lösung die *Wechselkursaufwertung* (siehe Schweiz 1971). Auf längere Sicht sind die meisten Staaten des öfteren zu Wechselkursänderungen genötigt, weil die Gleichgewichtsstörungen zwischen In- und Ausland immer wieder auftreten. Man spricht daher schon von «Stufenflexibilität». Als drittbeste Lösung sind schliesslich *Devisenkontrollen* zu erwähnen, zu denen heute vielerorts Zuflucht genommen wird. Als Notbremse mögen sie nützlich und oft unumgänglich sein (Abwehr von Auslandsgeldern!), als Dauereinrichtung verringern sie aber den weltwirtschaftlichen Verflechtungsgrad und schaden damit letztlich allen.

Anpassungsinflationen sind bei dem heutigen System fester Wechselkurse und freier Währungskonvertiblität allerdings der Regelfall. Sie werden wahrscheinlich erst aufhören, wenn es dereinst einmal eine einheitliche Weltwährung gibt. Bis dahin dürfte es immer wieder zu Zielkonflikten zwischen innerem und äusserem Gleichgewicht kommen. Und solange wird auch die «aussenwirtschaftliche Absicherung» ein Problem der Konjunkturpolitik bleiben.

Mit Konflikten leben...

Bei der vorgeschlagenen Neufassung des Konjunkturartikels hat man in durchaus realistischer Weise auf das Ziel des Zahlungsbilanzgleichgewichts, also auf die dritte Ecke des «magischen Dreiecks» der Konjunkturpolitik, verzichtet. Ursprünglich wurde auch hier an eine indirekte Zielformulierung gedacht (Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland). Der Einwand mangelnder rechtlicher Fassbarkeit setzte sich jedoch durch, was angesichts des hohen aussenwirtschaftlichen Verflechtungsgrades der Schweiz sicherlich auch ökonomisch zweckmässiger ist.

Gegenüber den sehr anspruchsvollen Zielformulierungen, wie sie im Ausland zu finden sind (etwa im westdeutschen «Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft»), ist die vorgeschlagene Neufassung des Konjunkturartikels wesentlich zurückhaltender. Sie entspricht dem pragmatischen Selbstverständnis der schweizerischen Wirtschaftspolitik, das einen allzu offenkundigen Gegensatz zwischen Anspruchsniveau und Realität von vornherein zu vermeiden trachtet. Ohnedies wird die «Bekämpfung von Arbeitslosigkeit *und* Teuerung» noch schwierig genug sein. Auch für die Konjunkturpolitik bleibt nichts anderes übrig, als mit den Zielkonflikten zu leben und «to make the best of it».

Egon Tuchtfeldt